

Religionen gemeinsam für Toleranz und Integration

Der Runde Tisch der Religionen in Deutschland, in dem führende Persönlichkeiten der Juden, der Christen, der Muslime, der Buddhisten und der Bahá'í seit 1998 zusammen kommen, wendet sich angesichts neuer Tendenzen zu Antisemitismus, Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft an die Öffentlichkeit.

Wir erklären, dass wir mit unseren Religionsgemeinschaften uneingeschränkt auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland stehen und entsprechend handeln. Wir wissen, dass die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Religionszugehörigkeit, der Religionsausübung, des Religionswechsels - einschließlic des Rechts, keiner Religion anzugehören - wie auch die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften am öffentlichen Leben ein hohes Gut sind, das nur in Toleranz und gegenseitigem Respekt gewahrt werden kann. Wir wenden uns gegen allen Fanatismus, gerade auch wenn er religiös und weltanschaulich motiviert ist. Toleranz gegenüber Intoleranz und jegliche Duldung von Aktivitäten, die zu Terrorismus führen, dürfen in unserer Gesellschaft und damit auch in unseren Religionsgemeinschaften keinen Platz haben. Wir sehen die gesellschaftliche Vielfalt als einen Reichtum an. Wir fördern alles, was der Integration dient.

In allen Religionen gibt es die Aufforderung zur Mitmenschlichkeit und zum Frieden, zur Achtung der Würde des einzelnen Menschen und zur Bewahrung der Lebensgrundlagen. Diese gemeinsame Botschaft des Friedens, der Toleranz und der gegenseitigen Achtung zu fördern und auch in unserer Gesellschaft wirksam werden zu lassen, ist die wesentliche Aufgabe des Runden Tisches der Religionen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein,

- dass Konflikte grundsätzlich gewaltfrei gelöst werden,
- dass eine Religion niemals zur Rechtfertigung von Gewalt dienen kann,
- dass eine Religion nicht für politische Zwecke missbraucht werden darf,
- dass die Religionsgemeinschaften für gegenseitige Kenntnis, für Respekt und Toleranz werben und dass dies ein wesentliches Thema religiöser Erziehung sein muss,
- dass die Religionsgemeinschaften aktiv unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat unterstützen, damit jede Form von Extremismus und Fundamentalismus, Nationalismus oder andere menschenverachtende Ideologien keine Chance haben,
- dass die Religionsgemeinschaften Begegnungen und Dialoge fördern,
- dass die Religionsgemeinschaften mithelfen, eine bessere Chancengerechtigkeit zu ermöglichen – mit voller Gleichberechtigung von Mann und Frau und dem Schutz und der Förderung der Familien,
- dass keine Religionsgemeinschaft wegen der Taten einzelner pauschal verurteilt und niemand wegen seiner Religionszugehörigkeit diskriminiert wird.

Wir laden ein, hierfür in allen Städten und Regionen Deutschlands Zeichen zu setzen.

Mainz, am 1. Dezember 2004

Für den Nationalen Geistigen Rat der Bahá'í: Dr. Nicola Towfigh

Für die Deutsche Buddhistische Union: Dr. Alfred Weil

Von der Evangelischen Kirche: Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter

Vorsitzender des Islamrates: Ali Kizilkaya

Von der Orthodoxen Kirche: Ipodiakon Nikolai Thon

Von der Römisch-Katholischen Kirche: Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke

Vom Zentralrat der Juden in Deutschland: Landesrabbiner em. Dr. Henry Brandt

Vorsitzender des Zentralrats der Muslime: Dr. Nadeem Elyas